



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Alexander König, Jochen Kohler, Martin Mittag, Benjamin Miskowitsch, Walter Nussel, Franz Josef Pschierer, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle CSU**

### **Sichere Verkehrspolitik – mehr Lkw-Parkplätze an bayerischen Autobahnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bund mit der Autobahn GmbH unter Berücksichtigung der im Projekt „Lkw-Parken“ gewonnenen Erkenntnisse ein Gesamtkonzept zur Bereitstellung einer angemessenen Parkleitplanung und Schaffung für ausreichend Parkraum für Lastkraft- und Personenkraftwagen an den bayerischen Autobahnabschnitten erarbeitet und umsetzt.

### **Begründung:**

Im Freistaat gibt es etliche verschiedene Autobahnen, die nicht nur das Gebiet des Freistaates erschließen, sondern auch verschiedene Bundesländer und Staaten miteinander verbinden. Bayern ist auch für das Transit-Transportwesen bedeutend und für die Versorgung der Bundesrepublik wichtig. Diese besondere Lage Bayerns sorgt jedoch auch dafür, dass die Aus- und Belastung der bayerischen Autobahnen und ihrer Infrastruktureinrichtungen in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben.

Besonders auffällig wird dies an den Park- und Toilettenanlagen, deren Parkräume häufig vollständig mit Lastkraftwagen überfüllt sind. Entsprechend der Vorgaben der Fahrpersonalvorschriften sind die Lastkraftwagenführer gehalten, bußgeldbewährte tägliche und wöchentliche Ruhezeiten einzuhalten. Die hohe Auslastung bayerischer Autobahnabschnitte sorgt dafür, dass der Bedarf an Ruhe- und Stellplätzen das tatsächliche Angebot übertrifft. Die Folge sind unter anderem Parkverstöße sowie eine starke aus- und stellenweise Überlastung der vorhandenen Einrichtungen. Häufig ruft diese Situation bei den übrigen Verkehrsteilnehmern eine Verunsicherung hervor. Dieser Zustand ist mit dem selbstgesteckten Ziel des Freistaates einer höchsteffektiven und sicheren Verkehrspolitik nicht zu vereinbaren.